

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1981

Halbjahresbericht der Bundesregierung für die Zeit vom 1. April 1981 bis 30. September 1981

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	2
II. Politische Fragen	2
III. Haushaltsfragen	3
IV. Rüstungskontrollamt	3
V. Ständiger Rüstungsausschuß	3
VI. Zusammenfassung	3

I. Allgemeines

1. Der *WEU-Ministerrat* trat am 3. Juni 1981 in Den Haag unter dem Vorsitz des niederländischen Außenministers van der Klaauw zusammen. Die deutsche Delegation leitete der Ständige Vertreter im Rat, Botschafter Dr. Jürgen Ruhfus. Großbritannien wurde von Staatsminister im FCO Douglas Hurd, Luxemburg von StS Helming, Italien vom Stellvertretenden Politischen Direktor Traxler, die übrigen Mitgliedstaaten durch ihre Ständigen Vertreter im Rat vertreten.

Der Ministerrat erörterte Fragen der Ost-West-Beziehungen, die Lage im Mittelmeer, das Mandat für den Ständigen Rüstungsausschuß und die Beziehungen des Rats zur Versammlung (insbesondere Budgetfragen).

Im Anschluß an die Sitzung fand ein Arbeitssessen mit dem Präsidialausschuß und Vertretern des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten sowie des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen der Versammlung statt.

Danach folgten informelle Treffen des Rates mit dem Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen und dem Allgemeinen Ausschuß der WEU-Versammlung.

Themen dieser informellen Treffen waren vor allem Fragen der Sicherheitspolitik, der politischen Zusammenarbeit in Europa, der Lage am Persischen Golf und in Polen.

Nach den Sitzungen am 3. Juni 1981 ging der Vorsitz im WEU-Rat turnusgemäß auf Großbritannien über.

2. Die *WEU-Versammlung* trat vom 15. bis 18. Juni 1981 in Paris zum ersten Teil ihrer 27. Sitzungsperiode zusammen. Der britische Unterhausabgeordnete, Fred Mulley (Labour), wurde durch Akklamation als Präsident der Versammlung wiedergewählt und hielt die Eröffnungsansprache, in der er u.a. auf die Bedeutung der WEU-Versammlung als einziges europäisches parlamentarisches Forum für die Diskussion von Verteidigungsfragen hinwies.

Der britische Staatsminister im Foreign and Commonwealth Office, Douglas Hurd, erstattete in Vertretung des Ratspräsidenten, Lord Carrington, den 26. Jahresbericht des Rates an die Versammlung.

Ferner sprach der NATO-Oberbefehlshaber Europa, General Rogers, zu den Abgeordneten. General Rogers betonte vor allem die ernsthafte Bedrohung unserer Sicherheit durch die Überlegenheit des Warschauer Pakts an strategischen und taktischen Nuklearwaffen sowie an konventionellen Waffen und entwarf einen Maßnahmenkatalog, wie vom Westen dieser Bedrohung durch den Warschauer Pakt zu begegnen sei.

Die Debatten der Versammlung konzentrierten sich auf folgende Themen: 26. Jahresbericht und politische Aktivitäten des Rates, europäische Sicherheit und das Mittelmeer, Verhandlungen zur Reduzierung von LRTNF, europäisches Kampfflugzeug, zukünftige europäische Raumfahrtaktivitäten, Entwicklung in Polen, europäische Sicherheit und Ereignisse in der Golfregion, Beziehungen zwischen Parlamenten und Presse sowie Haushalts- und Verwaltungsfragen.

3. Der *Ständige Rat* tagte regelmäßig auf Botschaftebene in London. Er beantwortete die Empfehlungen 355 bis 363 und die schriftlichen Fragen 224 und 225. Er berät gegenwärtig die Empfehlungen 364 bis 371, die von der Versammlung im Juni verabschiedet wurden, sowie die schriftlichen Anfragen 226 und 227.

II. Politische Fragen

1. Im Mittelpunkt der Aussprache des Ministerrats standen die Ost-West-Beziehungen. Botschafter Dr. Ruhfus wies in seiner Rede auf die Verschlechterung der internationalen Lage hin, die sich besonders in dem Ost-West-Verhältnis spiegle. Die Bundesregierung bleibe jedoch weiterhin bestrebt, die Kommunikation zwischen Ost und West aufrechtzuerhalten.

Auch die Beziehungen der beiden deutschen Staaten hätten nicht auf Dauer gegen Einwirkungen aus der politischen Gesamtlage abgeschirmt werden können und es sei zu einer Verhärtung der DDR-Position im deutsch-deutschen Verhältnis gekommen. Es bleibe abzuwarten, ob die in Aussicht genommene Begegnung zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden Honecker ein gewisses Maß an Bewegung in die deutsch-deutschen Beziehungen bringen könne.

Die allgemeine Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses seit Afghanistan habe sich auch auf das deutsch-sowjetische Verhältnis ausgewirkt. Die Bundesregierung wolle jedoch den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen. Diesem Ziel habe der Besuch BM Genschers Ende März/Anfang April 1981 in Moskau gedient. Das gleiche gelte für den bevorstehenden Arbeitsbesuch von Generalsekretär Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Ministerrat stimmte in der Beurteilung des Ost-West-Verhältnisses weitgehend überein, er unterstrich die Notwendigkeit zur Fortsetzung des Dialogs mit den WP-Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion. Besondere Bedeutung wurde der Frage des militärischen Gleichgewichts, der weiteren Entwicklung in Polen und in Afghanistan sowie den sowjetischen Bestrebungen in der Dritten Welt beigemessen.

2. Einer der Höhepunkte der WEU-Versammlung war die Ansprache von General Rogers, der angesichts der Bedrohung durch den Warschauer Pakt eindringlich an die Verbündeten appellierte, ihren Verteidigungsverpflichtungen nachzukommen.

Politische Schwerpunkte in der Debatte waren Fragen der europäischen Sicherheit und des Mittelmeeres, die Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen, die Entwicklung in Polen und die Ereignisse in der Golfregion.

III. Haushaltsfragen

Angesichts der sich verschärfenden Haushaltslage in einigen Mitgliedstaaten nahm die Behandlung von Haushaltsfragen einen großen Raum in der Arbeit des Ständigen Rats ein.

Der Rat beauftragte eine ad hoc-Arbeitsgruppe, Einsparungsmöglichkeiten in der WEU aufzuzeigen. Die ad hoc-Arbeitsgruppe legte dem Rat inzwischen einen Bericht vor.

IV. Rüstungskontrollamt

Das Rüstungskontrollamt setzte die Mengenkontrolle der von den Vertragspartnern auf dem euro-

päischen Festland gehaltenen Waffenbestände und die Nichtherstellungskontrolle in der Bundesrepublik Deutschland fort.

V. Ständiger Rüstungsausschuß

Der Ständige Rüstungsausschuß wurde beauftragt, die Aktualisierung der Rechtsstudie und des ersten Teils der Wirtschaftsstudie über die europäische Rüstungsindustrie, die in ihrer jetzigen Form nur bis 1977 reichen, vorzunehmen. Ebenso soll die Wirtschaftsstudie, die der Versammlung vorgelegt wurde, auf den neuesten Stand gebracht werden.

VI. Zusammenfassung

Unter der niederländischen und seit dem 3. Juni 1981 britischen Präsidentschaft wurden die Bemühungen um die Pflege der Beziehungen zwischen Rat und Versammlung fortgesetzt. Diese Bemühungen fanden insbesondere ihren Ausdruck in den informellen Treffen zwischen dem Rat und dem Allgemeinen Ausschuß und dem Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen in Den Haag am 3. Juni 1981 und in der Teilnahme von Regierungsvertretern am ersten Teil der 27. Sitzungsperiode der Versammlung vom 15. bis 18. Juni 1981.

Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1981

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemein	
1. Ministerkomitee	5
2. Parlamentarische Versammlung	5
II. Politische Fragen	
1. Türkei	5
2. Außenpolitischer Meinungs Austausch	5
III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenbereichen	
1. Menschenrechtsfragen	6
2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen	6
3. Kultur, Erziehung und Sport	7
4. Jugendfragen	7
5. Umweltfragen	8
6. Raumordnung und Denkmalschutz	8
7. Kommunale und regionale Fragen	8
8. Rechtsfragen	8

I. Allgemein

1. Ministerkomitee

Das Ministerkomitee des Europarats kam unter dem Vorsitz des schweizerischen Außenministers, Bundesrat P. Aubert, in Vertretung des verhinderten schwedischen Außenministers Ola Ullsten am 13. Mai 1981 abends zu einem informellen Treffen und am 14. Mai zu seiner 68. Sitzung zusammen. Die deutsche Delegation wurde bei den informellen Gesprächen von Staatssekretär van Well, in der offiziellen Sitzung durch Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher geleitet.

Das Ministerkomitee trat zunächst in einen Meinungsaustausch über den Fortgang der Madrider KSZE-Folgekonferenz ein, befaßte sich sodann mit den Fortschritten bei der europäischen Zusammenarbeit und erörterte in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten einer Vertiefung des Meinungsaustausches über außenpolitische Fragen im Europarat und die Erweiterung des europäischen Menschenrechtskatalogs entsprechend dem Auftrag der Minister vom 27. April 1978. Im Zusammenhang mit der Aussprache zu gemeinsam interessierenden Fragen aus dem VN-Bereich wurde die Frage der Behandlung einer neuen Weltinformationsordnung angesprochen.

Das Ministerkomitee verabschiedete eine Erklärung zur Intoleranz als Bedrohung der Demokratie sowie eine Empfehlung über den erleichterten Zugang zu Gerichten.

Das Ministerkomitee nahm einen Bericht des türkischen Außenministers Tümkün zur Lage in seinem Lande entgegen, in dem dieser insbesondere auf Menschenrechtsfragen, die Bekämpfung des Terrorismus und den Prozeß der Redemokratisierung einging.

Die Minister nahmen Gelegenheit, den Standpunkt ihrer Regierungen deutlich zu machen.

Auf Einladung des Europarats sprach der Präsident der EG-Kommission Gaston Thorn zu den Ministern.

Der Vorsitz im Ministerkomitee ging mit Ablauf der 68. Sitzung auf die Schweiz über. Die Türkei hatte zuvor auf den ihr turnusmäßig zufallenden stellvertretenden Vorsitz und auf den Vorsitz ab der 70. Sitzung verzichtet.

Am 2. Juli 1981 fand eine Sitzung des Gemischten Ausschusses aus Vertretern der Parlamentarischen Versammlung und des Ministerkomitees statt, bei der u. a. der Parlamentarischen Versammlung vorgeschlagen wurde, das Mandat des Leiters des Sekretariats der Versammlung Priestman ab 1. Januar 1982 um weitere fünf Jahre zu verlängern.

Das Komitee der Ministerbeauftragten tagte im Berichtszeitraum fünfmal (333. bis 337. Sitzung). Hier-

bei wurde u. a. am 2. Juli 1981 eine Erklärung zu der Initiative des Europäischen Rats vom 30. Juni 1981 mit dem Ziel einer friedlichen und im Verhandlungswege zu erzielenden Lösung des Afghanistankonflikts abgegeben.

2. Parlamentarische Versammlung

Im Berichtszeitraum fand der 1. Teil der 33. ordentlichen Sitzungsperiode der Parlamentarischen Versammlung des Europarats statt (11. bis 16. Mai 1981). Wie schon bei der Januarsitzung stand die Lage in der Türkei im Mittelpunkt der Beratungen. Es wurden zwei Direktiven verabschiedet, in denen u. a. die Hoffnung auf baldige Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und einer uneingeschränkten Geltung der Menschenrechte in der Türkei zum Ausdruck gebracht wurde. Die Möglichkeit weiterer Empfehlungen an das Ministerkomitee im Januar 1982 wurde in Aussicht genommen, und es wurde beschlossen, das Mandat der bisherigen türkischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung nicht zu verlängern, sondern abzuwarten, bis eine neue, ordnungsmäßig gewählte und zusammengesetzte Delegation von der Türkei entsandt werden kann. Ferner beschäftigte sich die Parlamentarische Versammlung u. a. mit dem Verhältnis zwischen Europa und den USA, der Energiekrise und dem Flüchtlingsproblem in El Salvador.

Der österreichische Außenminister Pahr nutzte die 25jährige Mitgliedschaft Österreichs im Europarat zu einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung, in der er dazu aufrief, die politische Rolle des Europarats wieder zu beleben, vor allem durch Ausbau des politischen Dialogs und eine Erweiterung der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Der schwedische Außenminister O. Ullsten erstattete als Vorsitzender des Ministerkomitees der Versammlung den Bericht des Ministerkomitees.

II. Politische Fragen

1. Türkei

Der Ständige Vertreter der Türkei beim Europarat berichtete dem Komitee der Ministerbeauftragten fortlaufend über die Lage in der Türkei.

2. Außenpolitischer Meinungsaustausch

Am 26. Juni 1981 fand im Rahmen des Komitees der Ministerbeauftragten unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Außenministerien ein politischer Meinungsaustausch über VN-Fragen statt. Im Mittelpunkt des Dialogs standen eine Vorschau auf die 36. Generalversammlung, Informations- und Menschenrechtsfragen.

III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenbereichen

1. Menschenrechtsfragen

Der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* hat im Berichtszeitraum drei Urteile erlassen. In der die Bundesrepublik Deutschland betreffende Sache Buchholz, welche die Dauer eines Arbeitsgerichtsverfahrens betraf (vgl. BT-Drucksache 9/322, S. 3), wird in dem Urteil vom 6. Mai 1981 festgestellt, daß Artikel 6 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht verletzt wurde. Eine Konventionsverletzung (Artikel 6 Abs. 1 MRK) wurde hingegen in dem Urteil in der Sache *Le Compte, van Leuven und de Meyere* ./ Belgien vom 23. Juni 1981 angenommen, weil im Verfahren vor dem ärztlichen Berufsgesicht die mündliche Verhandlung und die Urteilsverkündung nicht öffentlich stattgefunden haben. Das am 13. August 1981 ergangene Urteil in der Sache *Young, James und Webster* betraf bestimmte closed-shop-Regelungen im Vereinigten Königreich: Die betreffenden gesetzlichen Regelungen bzw. die Entlassungen der drei Beschwerdeführer, die Angestellte bei der British Railway Board waren und sich weigerten, den zuständigen Gewerkschaften beizutreten, verstößt gegen Artikel 11 MRK.

Zwei Beschwerden, welche die Dauer von Strafverfahren betreffen, wurden von der *Europäischen Menschenrechtskommission* an den Gerichtshof überwiesen, darunter die Sache *H. u. M. Eckle* ./ Bundesrepublik Deutschland.

2. Sozialfragen und öffentliches Gesundheitswesen

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete auf der Grundlage von Vorarbeiten des Lenkungsausschusses für soziale Angelegenheiten die Empfehlung R (81) 13 über Maßnahmen zugunsten bestimmter aussterbender Berufe im Handwerk.

Der *Lenkungsausschuß für soziale Angelegenheiten* schloß im Berichtszeitraum seine Beratungen zu verschiedenen in Erwägung gezogenen Erweiterungen und Änderungen der Sozialcharta ab. Mit seinem Abschlußbericht, in den auch Äußerungen anderer Lenkungsausschüsse, insbesondere der Lenkungsausschüsse für soziale Sicherheit und für europäische Wanderungen einbezogen wurden, werden sich die Ministerbeauftragten in Kürze befassen.

Der dem Lenkungsausschuß für soziale Angelegenheiten vorliegende Entwurf einer Empfehlung über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit ist in der Frühjahrssitzung dieses Ausschusses bereits weitgehend in zweiter Lesung beraten worden. Mit dem Abschluß der Beratungen ist auf der im Oktober des Jahres stattfindenden Sitzung des Ausschusses zu rechnen.

Erstmalig in diesem Jahr sind vom *Europarat* gewährte Stipendien für Berufsausbilder auch an Deutsche vergeben worden. Diese haben dadurch die Möglichkeit, sich für mehrere Wochen auf ihrem

Fachgebiet in einem Mitgliedstaat des Europarates fortzubilden.

Der Lenkungsausschuß für soziale Angelegenheiten behandelte aus dem Bereich der sozialen Wohlfahrt u. a. folgende Themen: Europäische Familienministerkonferenz und sozialpolitische Folgemaßnahmen; soziale Situation und soziale Maßnahmen zugunsten von Asylbewerbern und Flüchtlingen (hier wurde ein Sachverständigenbericht, der auf deutsche Anregung zurückgeht, erörtert, der als Europarat-Broschüre veröffentlicht werden soll); Inhalt und Durchführung des Europäischen Fürsorgeabkommens (dabei wurden aus deutscher Sicht folgende Probleme angesprochen: Unzureichende Hilfe für in Not befindliche deutsche Staatsangehörige in einigen Vertragsstaaten, Grundproblem des Ungleichgewichts der Fürsorgesysteme, Behandlung der Ausländer, die nur wegen der Inanspruchnahme von Leistungen aus günstigeren Sozialhilfesystemen in ein anderes Land einreisen, Anwendung des EFA auf Touristen oder lediglich Hilfe über jeweilige diplomatische Vertretungen), Aktionsprogramm zur Förderung der Gleichbehandlung von Mann und Frau (Thema: Situation der ohne Entgelt arbeitenden Frauen, besonders die mitarbeitenden Frauen in den landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben).

Vom 20. bis 22. Mai 1981 fand in Rom die *Europäische Konferenz der für Familie zuständigen Minister* zu dem Thema Zeit für die Arbeit — Zeit für die Familie — statt, auf der die Probleme der berufstätigen Frau, die Kostenfrage der Kindererziehung innerhalb und außerhalb des Hauses sowie die Probleme behinderter Kinder im Mittelpunkt der Beratungen standen.

Die 2. *Europäische Konferenz der für soziale Sicherheit zuständigen Minister*, die 1982 in Madrid stattfinden wird sowie die ebenfalls für 1982 in Madrid vorgesehene 2. *Europäische Bevölkerungskonferenz* wurden vorbereitet.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete am 26. Mai 1981 eine Resolution (81) 7 über die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Europäischen Blutbank für seltene Blutgruppen in Amsterdam und am 9. September 1981 die Empfehlung R (81) 14 zur Verhinderung der Übertragung von Infektionskrankheiten als Folge des internationalen Blutaustausches und des Austausches seiner Komponenten und Derivate und stimmte der Veröffentlichung eines Berichts hierzu zu, der die Risiken der Übertragung von Infektionskrankheiten bei Blutübertragung aufzeigt. Die Ministerbeauftragten billigten ferner die Veröffentlichung eines Berichts über die Rolle und Ausbildung von Hilfspersonal im Bereich der Zahnmedizin in den Mitgliedstaaten des Europarats und in Finnland.

Der Lenkungsausschuß für öffentliche Gesundheit erarbeitet z. Z. eine Empfehlung über die Einführung nationaler Verordnungen, die es den Gesundheitsbehörden ermöglichen sollen, mit Hilfe codierter Systeme Blutspender wiederzufinden, die an infektiösen Erkrankungen leiden. Dadurch soll die Einbringung dieser Krankheiten in den internationalen Blutaustausch verhindert werden.

Aus dem Bereich des *Teilabkommens: Der Lenkungsausschuß für öffentliche Gesundheit* befaßte sich auf seiner April-Sitzung im wesentlichen mit einem Ergänzungstext zu der Publikation Kosmetische Produkte und ihre Inhaltsstoffe, billigte das Manuskript für die Broschüre Reihenuntersuchungen zu angeborenen Stoffwechselkrankheiten bei Neugeborenen und verwies den Resolutionsentwurf über klinische Versuche an Menschen zurück an den Expertenausschuß „Klinische Humanpharmakologie“ zur erneuten Beratung und Überarbeitung unter Berücksichtigung einer Stellungnahme des Expertenausschusses für rechtliche Fragen im medizinischen Bereich und billigte einen Resolutionsentwurf über Warnhinweise für bestimmte Arzneimittelgruppen.

Im Juli 1981 befaßte sich der Ausschuß ausschließlich mit dem Europäischen Arzneibuch und erzielte zum Inkraftsetzungstermin des 1. Teils der 2. Ausgabe des Europäischen Arzneibuches einen Kompromiß: Die (derzeit 15) Staaten des Übereinkommens zur Ausarbeitung des Europäischen Arzneibuches setzen ihn zum 1. Januar 1983 in Kraft mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburgs, Österreichs und der Schweiz, die ihn erst zum 1. Januar 1985 in Kraft setzen.

Vom 22. bis 24. September 1981 fand in Madrid eine *Europäische Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister* zu dem Thema *Europäischer Weg zur Gesundheitsförderung mit den Schwerpunkten Prävention und Gesundheitserziehung* statt.

3. Kultur, Erziehung und Sport

Die XII. Sitzung der *Ständigen Konferenz der Europäischen Erziehungsminister* fand auf Einladung des portugiesischen Ministers für Unterricht und Wissenschaft vom 2. bis 4. Juni 1981 in Lissabon statt. Zum Hauptthema: Das Bildungswesen für Kinder von 3 bis 8 Jahren verabschiedete die Konferenz eine Erklärung, in der die große Bedeutung vorschulischer Erziehung als eigenständiger Bildungsabschnitt in Kindergärten, die Notwendigkeit eines harmonischen Übergangs in die Grundschule und die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Eltern sowie die besonderen Bedürfnisse der Kinder von Wanderarbeitnehmern hervorgehoben wird. Weitere Beratungsthemen waren ein Fortschrittsbericht in Weiterverfolgung des Themas der letzten Konferenz über Bildung und Chancengleichheit für Mädchen und Frauen sowie ein Bericht über die Europäische Zusammenarbeit im Bildungswesen.

Die *Europäischen Kulturminister* diskutierten auf ihrer 3. ad-hoc-Konferenz vom 5. bis 7. Mai 1981 in Luxemburg Fragen der kulturellen Zielsetzungen der gesellschaftlichen Entwicklung und verabschiedeten hierzu eine Reihe von Resolutionen.

Vom 23. bis 26. Juni 1981 fand die 40. Sitzung des Rates für kulturelle Zusammenarbeit des Europarates (CDCC) in Straßburg statt. Der CDCC war im wesentlichen mit der Diskussion seiner Projektarbeiten, insbesondere der Einrichtung neuer Projekte,

befaßt und verständigte sich auf folgende neue bzw. Anschlußprojekte: Primarstufe (5- bis 12jährige), Erwachsenenbildung — örtliche Angebote, Zielgruppen, regionale kulturelle Entwicklung, künstlerische Kreativität/Kulturindustrien, lebende Fremdsprachen.

Ferner erörterte der CDCC Empfehlungsentwürfe zur Erwachsenenbildung, zur Aufrechterhaltung der kulturellen Bindungen der Wanderarbeitnehmer zum Heimatland und zur 2. Generation der Wanderarbeitnehmer, die zur Vorlage an das Ministerkomitee vorgesehen sind. Während des Berichtszeitraumes wurden außerdem unter der Ägide des Europarats Seminare, Symposien und Workshops über Fragen der Umwelt- und Medienerziehung, Bildungsforschung, Erwachsenenbildung sowie Aus- und Fortbildung für Lehrer von Wanderarbeitnehmern durchgeführt.

Die 4. Sitzung der *Ständigen Konferenz für Hochschulfragen CC-PU* befaßte sich vom 30. März bis 1. April 1981 in Straßburg mit den Ergebnissen der Konferenz über die Situation der ausländischen Staatsangehörigen in den Mitgliedstaaten des CDCC vom 17. bis 19. Mai 1980, Straßburg, und den Vorbereitungen der Konferenz über Hochschulpolitik in Europa in den 80er Jahren, die für 1983 geplant ist, sowie mit dem Arbeitsprogramm der CC-PU für die kommenden Jahre.

Vom 8. bis 10. April 1981 fand die 3. Europäische Sportministerkonferenz in Palma de Mallorca statt, auf der Fragen der stärkeren Einbeziehung von Frauen und besonderen Zielgruppen (Einwanderer, Behinderte, soziale Randgruppen) in den Sport beraten und eine entsprechende Resolution verabschiedet sowie Angelegenheiten von aktueller politischer Bedeutung im internationalen Sport, eingeleitet durch ein Grundsatzreferat von Bundesinnenminister Baum, behandelt wurden. Des weiteren wurden Resolutionen über die Regelungen für die Durchführung von internationalen Sportveranstaltungen, Anliegen der Sportler und Sportorganisationen aus Entwicklungsländern und deren Chancen durch Hilfsprogramme und zur Freiheit des Sports und der autonomen Regelung des internationalen Sportverkehrs verabschiedet.

4. Jugendfragen

Das Europäische Jugendzentrum hat im Berichtszeitraum insgesamt 13 Studientagungen, 2 Kolloquien, 1 Ausbildungskursus für Jugendleiter und 2 Expertentreffen veranstaltet. Die Themen dieser Maßnahmen betrafen insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, den Beitrag der Jugend zur Friedenspolitik, die Vorbeugung gegen Alkohol- und Drogenmißbrauch, die Jugendarbeit mit Behinderten sowie organisatorische Probleme der internationalen Jugendarbeit. Darüber hinaus fanden 5 Sprachkurse statt (in London, Straßburg, Paris und Turin). Das Europäische Jugendzentrum berichtet über seine Aktivitäten in seinem Informations-Bulletin, das weiterhin dreimal jährlich erscheint.

Das *Europäische Jugendwerk* hat im Berichtszeitraum insgesamt 57 Maßnahmen gefördert, die von

zahlreichen Jugendorganisationen durchgeführt wurden und bei denen Themen behandelt wurden, die aktuelle Jugendprobleme berührten und gleichzeitig Bezug zu Europa aufwiesen. Der Jahresbericht 1980 des Europäischen Jugendwerkes wurde vom Zwischenstaatlichen Komitee verabschiedet.

Die Verwaltungsräte des Europäischen Jugendwerkes und des Europäischen Jugendzentrums tagten im Mai 1981 erstmals gemeinsam, um Ziele und Inhalt der europäischen Jugendarbeit zu erörtern und um die Empfehlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung über die Zusammenarbeit der Jugend in Europa zu beraten.

5. Umweltfragen

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* beriet den von einer Expertengruppe erarbeiteten Entwurf eines Europäischen Übereinkommens zum Schutz internationaler Wasserläufe gegen Verschmutzung, der für alle Mitgliedstaaten des Europarats von wesentlicher Bedeutung ist und in das System des europäischen Gewässerschutzes neue Elemente integriert.

Es verabschiedete eine Reihe von Empfehlungen R (81) 8 über Sport und körperliche Freizeitaktivitäten und den Naturschutz in Binnengewässergebieten, R (81) 9 über Erziehung in Umweltfragen, R (81) 10 über bedrohte Süßwasserfische in Europa, und R (81) 11 über Torfmoore in Europa.

Die Vorbereitungsarbeiten für die geplante *Konferenz über Unterrichtsangebote zum Umweltschutz in der Land- und Forstwirtschaft*, die 1982 in England stattfinden soll, wurden ebenso wie die Vorbereitung der *4. Europäischen Ministerkonferenz über Umweltfragen*, die für 1983 in Athen geplant ist, eingeleitet.

Vom 15. bis 19. Juni 1981 fand in Bad Nauheim ein Seminar des Europarates über *Alternativen im Landbau* statt, auf dem eine Situationsanalyse zu konventionellen und alternativen Bewirtschaftungsformen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa gegeben, die Grundlagen der Pflanzenproduktion und Fragen des Pflanzenschutzes behandelt, die Qualität pflanzlicher Produkte und wirtschaftliche Aspekte von Alternativen im Landbau erörtert sowie Fragen der Verwertbarkeit von Siedlungsabfällen untersucht wurden.

6. Raumordnung und Denkmalschutz

Der für die Raumordnung zuständige Ausschuß der hohen Beamten hat mit der Vorbereitung der *6. Europäischen Raumordnungsministerkonferenz (EMKRO)*, die voraussichtlich im Oktober 1982 in Madrid stattfinden soll, begonnen. Als Themen der Konferenz sind vorgesehen: Perspektiven der Entwicklung und Gestaltung der europäischen Küstenregionen, Verabschiedung einer europäischen Raumordnungscharta, die im Entwurf bereits der 5. Konferenz im Oktober 1980 in London vorgelegen hat, Beschluß über ein Statut der EMKRO. Vom 7. bis 10. April 1981 fand auf Teneriffa eine *Konferenz über europäische Inselgebiete* statt, auf der Trans-

port- und Kommunikationsprobleme zwischen den Inseln und dem Festland, sowie Probleme der Fischerei im Atlantik und Mittelmeer behandelt wurden.

Das Internationale Organisationskomitee für die bis März 1982 laufende *Europäische Kampagne zur Stadterneuerung* stattete den deutschen Beispielstädten Karlsruhe und Ettlingen einen Informationsbesuch ab. Die Vorbereitungen für die internationale Abschlußveranstaltung der Kampagne vom 8. bis 12. März 1982 in Berlin wurden fortgeführt.

Das *Europäische Zentrum für Handwerkerausbildung* (Pro Venetia Viva) in San Servolo hat mit Hilfe von Stipendien, insbesondere auch von deutscher Seite, seine Arbeit erfolgreich fortgesetzt.

7. Kommunale und regionale Fragen

Der *Lenkungsausschuß für kommunale und regionale Fragen* hat begonnen, die für die nächste Kommunalministerkonferenz im Herbst 1982 in Lugano vorgesehenen Themen Lokalautonomie, Gesetzgebung, Praxis, Perspektiven sowie Bewertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften zu beraten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat am 22. September 1981 die Ratifikationsurkunde für das *Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften* beim Europarat hinterlegt.

8. Rechtsfragen

Am 10. September 1981 fand in Montreux eine *informelle Konferenz der Europäischen Justizminister* statt, auf der die Themen Schutz der Persönlichkeit im Computerzeitalter und Probleme der Strafprozeßdauer erörtert werden.

Das *Ministerkomitee* verabschiedete auf seiner 68. Sitzung am 14. Mai 1981 eine Empfehlung R (81) 7 über den Zugang zum Recht.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete am 25. Juni 1981 eine Empfehlung R (81) 12 zur Wirtschaftskriminalität und beriet über mögliche Initiativen zur Zurückdrängung der Todesstrafe sowie über die verstärkte Zusammenarbeit der Europaratsgliedstaaten im Kampf gegen den Terrorismus.

Das Komitee der Ministerbeauftragten befaßte sich ferner auf Antrag der Bundesregierung mit dem Problem des tierschutzgerechten Schlachtpferde-transportes und beauftragte einen Sonderausschuß mit der weiteren Prüfung dieser Frage.

Der *Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit* verabschiedete in seiner Sitzung vom 29. Juni bis 3. Juli 1981 zwei Empfehlungsentwürfe. Ein Entwurf befaßt sich mit dem Erfordernis des schriftlichen Beweises, mit der Frist für die Aufbewahrung von handelsrechtlichen Unterlagen und mit dem Beweiswert von Dokumenten, die auf Mikrofilm oder elektronische Datenträger aufgenommen worden sind. Der zweite Entwurf betrifft die Rechte der Ehegatten bezüglich der Ehwohnung und der Haus-

haltsgegenstände. Bei der Abstimmung über den zuletzt genannten Entwurf hat sich die deutsche Delegation aus den im letzten Halbjahresbericht (Bundestagsdrucksache 9/332, S. 5) genannten Gründen der Stimme enthalten. Außerdem entwarf der Lenkungsausschuß ein Zusatzprotokoll, das den Beitritt der EG zu drei Europaratsübereinkommen über Fragen der Gesundheit erleichtert.

Der Expertenausschuß für Fragen der Benachteiligung auf Grund des Geschlechts hat auf seiner Sitzung im April 1981 über die rechtlichen und verfahrensrechtlichen Fragen im Bereich der Gleichberechtigung und über mögliche weitere Arbeiten beraten.

Im *Ad-hoc-Ausschuß Tierschutz* wurden die Arbeiten zur Fertigstellung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Wirbeltieren, die zu Versuchs- und sonstigen wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden, fortgeführt.

Der *Ständige Ausschuß nach Artikel 8 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen* setzte seine Beratungen über die Tierschutz-Mindestforderungen für die Haltung der Legehennen fort.

Das Vertragsgesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 24. November 1977 über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland und zu dem Europäischen Übereinkommen vom 15. März 1978 über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland ist mit Datum vom 20. Juli 1981 im Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 533, verkündet worden.

Das Ausführungsgesetz zu den beiden Übereinkommen ist ebenfalls mit Datum vom 20. Juli 1981 im Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 665, verkündet worden.

